Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode, 1983-84

24.03.1987 - Drucksache 11/911

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/911
24. 03. 87

Antrag (Entschließung) der Fraktion der SPD

Gegen Zerschlagung und Privatisierung der Deutschen Bundespost

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt alle geeigneten Bemühungen, insbesondere die der Deutschen Postgewerkschaft, die Zerschlagung und Privatisierungen bei der Deutschen Bundespost zu verhindern.

Leistungsfähige Einrichtungen der Bundespost haben für die Aufrechterhaltung der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung der Region große Bedeutung. Die Aktivitäten der Post haben darüber hinaus beträchtliche regionale Auswirkungen.

In den letzten drei Jahren wurden Investitionsvorhaben mit einem Gesamtvolumen von rund 400 Millionen DM im Land Bremen durchgeführt. Im Bereich der Fernmeldetechnik wurden allein 1986 weitere 210 Mio DM aufgewendet. Für 1987 sind allein im Hochbaubereich weitere 75 Mio DM vorgesehen; ferner sollen fernmeldetechnische Investitionen für über 178 Mio DM getätigt werden. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt dies ausdrücklich als einen wichtigen Beitrag zur regionalen Entwicklung.

Vor diesem Hintergrund stellt die Bürgerschaft fest:

1. Die Nachrichtenübermittlung in der Bundesrepublik Deutschland ist traditionell Staatsaufgabe mit Verfassungsrang. Dies muß auch in Zukunft so bleiben. Die Deutsche Bundespost ist als öffentlich-rechtliches Unternehmen des Bundes verantwortlich für die Einhaltung des durch Grundgesetz geschützten Post- und Fernmeldegeheimnisses. Bei einer eventuellen Privatisierung ist eine öffentliche Kontrolle nicht mehr möglich.

2. Der gemeinwirtschaftliche Auftrag der Bundespost, nämlich allen Bürgern in Stadt und Land ihre Dienste zu gleichen Bedingungen und Gebühren anzubieten, ist auch in Zukunft unverzichtbar. Dadurch bekommt die Qualität der von der Deutschen Bundespost angebotenen Dienstleistungen besondere Bedeutung. Entsprechend der sich ändernden Kommunikationsbedürfnisse von Bürgern und Wirtschaft und der technischen Möglichkeiten ist das Dienstleistungsangebot der Deutschen Bundespost ständig auszuweiten. Ein Festschreiben auf Aufgaben beziehungsweise Dienstleistungen des gegenwärtigen Standes muß verhindert werden.

Der Verbund und die Möglichkeiten der Mischkalkulation müssen zur Erfüllung des umfassenden gemeinwirtschaftlichen Auftrags uneingeschränkt erhalten bleiben. Eine Zergliederung und Verselbständigung einzelner Teile der Deutschen Bundespost wie auch die Aufspaltung in einen Hoheits- und einen Unternehmensbereich mit einem Monopol- und einem oder mehreren Wettbewerbsteilen werden abgelehnt.

3. Nur eine öffentlich-rechtlich kontrollierte Deutsche Bundespost garantiert den Bürgern einen umfassenden Datenschutz, die Wahrnehmung des Fernmeldegeheimnisses und einen hohen Standard der Betriebssicherheit.

4. Neue und vorhandene kommunikationstechnische Geräte sowie entsprechende Dienstleistungen müssen auch von der Deutschen Bundespost angeboten werden. Die Deutsche Bundespost hat dazu neutrale Standards zu entwickeln, die insbesondere kleinen und mittleren Herstellerbetrieben die Teilnahme am Wettbewerb ermöglichen.

5. Die Netzträgerschaft muß in der alleinigen Zuständigkeit der Deutschen Bundespost bleiben. Konkurrierende Netze würden den gemeinsamen Auftrag der Deutschen Bundespost und den Ausbau der Fernmeldeinfrastruktur gefährden und sind auch vor dem Hintergrund der auf Netzintegration ausgerichteten technischen Entwicklung abzulehnen.

6. Die Deutsche Bundespost ist eine moderne zukunftsorientierte Betriebsverwaltung. Sie ist mit 540 000 Beschäftigten Europas größter Arbeitgeber. Weder Arbeitsplätze noch technische Entwicklungen dürfen einer konservativen und auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Privatisierungspolitik geopfert werden.

7. Die Bürgerschaft (Landtag) geht davon aus, daß die Deutsche Bundespost auf der Grundlage der bisher an Verfassungsauftrag und Gemeinwirtschaftsgedanken orientierten Struktur ihren Beitrag für die weitere infrastrukturpolitische Entwicklung in den Bereichen der Informationsbeschaffung, -verarbeitung, -übertragung und -speicherung in enger Kooperation mit den zuständigen staatlichen Bremer Stellen und entsprechenden kommunalen Gesellschaften organisiert.

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, daß auch die kleinräumige, flächendeckende Versorgung der Städte Bremen und Bremerhaven mit den klassischen Dienstleistungen (z. B. Postämtern, Briefzustellung, Paketzustellung, Briefkästen, Telefonzellen) nicht abgebaut, sondern aufrechterhalten und verbessert wird. Sie unterstützt alle geeigneten Initiativen, die dazu beitragen, dies sicherzustellen.

Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt deshalb mit allem Nachdruck die Aktionen der Deutschen Postgewerkschaft „Sichert die Post — Rettet das Fernmeldewesen".

Griesche, Kunick und Fraktion der SPD

Druck: Anker-Druck Bremen